

Am Anfang stand 1871 der berühmte „Kanzelparagraph“, der Pfarrer für politische oder vermeintlich politische Aussagen haftbar machte. Es folgte 1875 die Zivilehe – eine Eheschließung vor religiösen Würdenträgern war fortan streng verboten (außer als Nachfeier). 1875 folgte das „Brotkorbgesetz“, durch das man den Kirchen systematisch indirekte finanzielle Unterstützungen entzog. Schließlich wurden alle kirchlichen Schulen einer rigorosen staatlichen Schulaufsicht unterstellt. Auch in vielen anderen Fragen sollten die Kirchen gezwungen werden, nach den Spielregeln des Staates zu spielen. Viele der Bestimmungen galten lange oder gelten heute noch. Der Kanzelparagraph wurde erst 1953 aufgehoben. Erst seit 2009 muss einer kirchlichen Ehe keine standesamtliche mehr vorangehen. Dass die religiöse Trauung rechtlich im Gegensatz zu fast allen anderen westlichen Ländern in Deutschland nicht existiert, hat sich bis heute aber nicht geändert.

Bischöfe wanderten ins Gefängnis, der Staat beobachtete erstaunt, wie eine schlafende Masse von unpolitischen Christen plötzlich aus Solidarität den Aufstand probte. Nachdem viel unnötiges Porzellan zerschlagen war, gab der Staat schließlich auf. Er hielt sowieso nur bis 1918. Den christlichen Kirchen wurde im Kulturkampf zwar schwer geschadet. Zugleich aber erlebten sie über weite Strecken auch eine Neubelebung – und am Ende gab der Staat klein bei. Man traf dabei wesentlich stärker die Kirchen, die man gar nicht meinte, vor allem die evangelischen, während das eigentliche Ziel, die internationale Verflechtung der Kirchen zu brechen, völlig scheiterte. Das Klima wurde auf Jahrzehnte vergiftet. Loyale Staatsbürger wurden gezwungen, sich zwischen ihrem Glauben und dem Staat zu entscheiden, ohne dass irgendjemand davon wirklich einen Nutzen hatte.

Ähnliche Kulturkämpfe hat es immer wieder gegeben. Der Nationalsozialismus hatte nichts gegen Kirchen, wenn sie sich stromlinienförmig der Partei anpassten und Soldaten zu guten Soldaten machten. Die DDR wollte sozialistische und kontrollierbare Kirchen. Praktisch alle westlichen Länder haben von Zeit zu Zeit ähnliche Phasen durchgemacht. In den USA findet der Kulturkampf schleichend seit fast 30 Jahren statt, was schließlich zur Manhattan-Erklärung geführt hat.

Natürlich gibt es Unterschiede zwischen damals und heute. Die politische Macht der katholischen Kirche war damals wesentlich größer. Zudem leben wir heute im Westen in bewährten Demokratien. Umso erstaunlicher ist es, wie viele Kräfte es heute gibt, die in den friedlichen westlichen Gesellschaften gegenüber den friedlichen Kirchen von heute eine Neuauflage, einen „Kulturkampf 2.0“ anstreben und organisieren. Großbritannien ist darin ein Vorreiter. Dort zahlen bereits Bischöfe der Kirche von England – ironischer Weise dort immer noch zumindest offiziell die Staatsreligion – horrenden Strafen für Predigten zum Thema Sexualität und müssen zwangsweise Antidiskriminierungsseminare besuchen. Alle katholischen Adoptionsstellen wurden geschlossen, weil man gezwungen wurde, auch an gleichgeschlechtliche Paare Kinder zu vermitteln, und immer öfter werden Christen aus dem Staatsdienst entlassen, etwa weil sie ein Kreuz tragen.

Abtreibung, Bioethik, Sexualität, Ehe, Familie, Gender Mainstream – die Liste der Themen wird immer länger, bei denen man die Kirchen zwingen will, so zu denken und handeln, wie die „veröffentlichte“ Meinung (denn die „öffentliche“ Meinung der Bevölkerungsmehrheit hat man dabei nicht immer auf seiner Seite und interessiert sich nicht unbedingt dafür).

Christen sollen nichts mehr für falsch halten dürfen, was andere tun. Sie sollen ihre Ethik ad acta legen, nicht etwa zugunsten keiner Ethik oder einer freien Ethik nach Gutdünken, sondern zugunsten der Ethik derer, die den Kulturkampf führen. Die Kirchen sollen entweder in ihrer Mitte die Ethik anderer praktizieren, oder andernfalls völlig aus dem öffentlichen Leben verdrängt werden.

Deutlich wird das etwa bei der religiösen Kindererziehung. Die Stadt Berlin macht vor, dass es nicht darum geht, den Religionsunterricht abzuschaffen, sondern alle Kinder zwangsweise in den staatlichen Weltanschauungsunterricht namens ‚Ethik‘ zu schicken. Im schulischen Leben spielt das vom Grundgesetz und den internationalen Menschenrechtserklärungen garantierte Recht der Eltern, ihre Kinder im Sinne ihrer Religion erziehen zu dürfen, längst keine Rolle mehr. Und der Trend, dass auch Christen wie jedermann gefälligst ihre Kinder in staatlichen oder staatlich finanzierten Krippen abzugeben haben und schnell jeder, der seine Kinder zu Hause betreut, der Asozialität verdächtigt wird, ist ungebrochen.

Sicher, die Geschichte wiederholt sich nicht, aber dennoch kann man seine Lehren aus ihr ziehen. Die Parallelen sind verblüffend: Das Mittel der Christenverfolgung und der Religionsbedrückung war damals wie heute in der westlichen Welt die Rechtsprechung und die Gesetzgebung. Mit immer neuen Stellschrauben des Gesetzes wollte und will der Staat Christen zu etwas zwingen, ohne zu offener Gewalt greifen zu müssen. Gewalt war es allemal, aber weil es staatliche Gewalt war, schien sie legitimiert.

Die Auseinandersetzung ist in Deutschland, in Europa, ja in der ganzen westlichen Welt so überflüssig wie ein Kropf. Es sind nicht die Kirchen in Deutschland oder Europa, die an sozialem Unfrieden schuld sind oder von denen Diskriminierung und Gewalt gegen andere ausgehen.

Die Europäische Union hat gewaltige Aufgaben vor sich. Doch statt Arbeitslosigkeit und Rassismus zu bekämpfen, grast sie die Gesetzgebung ab, wo Kirchen als Religionsgemeinschaft vermeintliche Sonderrechte haben. Religionsfreiheit, nein danke? Kirchliches Selbstbestimmungsrecht nach § 140 des deutschen Grundgesetzes, aber wieso denn? Jede Kirche soll gefälligst wie jede Firma dem unmittelbaren Zugriff des Staates unterliegen. Gewissensnöte Gläubiger? Die werden schon einknicken, wenn der Druck nur stark genug ist.

Die EU, genauer bestimmte politische Kräfte in der EU, wollen die christlichen Kirchen in die Knie zwingen. Nicht etwa den in einigen Teilen mit klarem politischen Machtanspruch auftretenden Islam, nicht jene islamistische Minderheit, die unverhohlen Gewalt einsetzt, der man vielmehr erstaunlich sanftmütig entgegentritt und deren Kritikern man mit millionenschweren Aktionen gegen Islamophobie das Leben schwer macht. Nein, den christlichen Kirchen, die in den Ländern der EU ganz wesentlich den Staat mittragen, die Demokratie stützen, die Zivilgesellschaften bereichern. Den Kirchen, die den Gedanken eines friedlichen Europas und seine Begründer mit hervorgebracht haben – man denke nur an den europäischen Urvater Robert Schumann.

Es spielt überhaupt keine Rolle, um welche Themen es im Einzelnen geht. Manch ein Christ, manch eine Kirche, wird sich bei manchem Thema lieber wegducken wollen. Manches Thema wird ihnen lästig sein, bei manchen Themen verstehen sie nicht, warum es anderen Christen so wichtig ist. Aber sie alle werden der Grundsatzfrage auf Dauer nicht aus dem Weg gehen können. Die eine oder andere Kirche, der eine oder andere Theologe mögen länger in der Öffentlichkeit als nicht so eng gelten – am Ende wird es alle treffen.

Ich schreibe das ganz unaufgeregt und undramatisch. Die christlichen Kirchen haben die Feindschaft und den Untergang Roms überlebt, den Nationalsozialismus, den Stalinismus und den Maoismus und viele weniger brutale Herausforderungen. Die meisten Christen dieser Welt wünschten sich, sie hätten die Freiheiten, die Christen im Westen haben. Die Welt verändert sich ständig, und damit kommen auch für die Kirchen immer neue unvermutete Herausforderungen. Und der Ausbreitung der Botschaft vom Frieden mit Gott durch Jesus Christus hat aufs Ganze gesehen der Druck von außen nicht geschadet – im Gegenteil, die Kirchen wachsen derzeit unter Druck weltweit am stärksten.

Das ändert aber nichts daran, dass die neue Kraftprobe real ist. Gesellschaftliche Kräfte im Westen missbrauchen den Staat, um die Kirchen in die Knie zu zwingen und ethisch stromlinienförmig an ihre Weltanschauung anzupassen. Der Staat wird zur Beute der Weltanschauung der einen, die dann ihre vermeintlichen Gegner unterdrücken.

Das wird dem Staat viele Triumphe bescheren, zumal die Kirchen völlig friedlich reagieren. Der Gesellschaft aber wird es schwer schaden, gute Bürger in unnötige Zwangslagen bringen, die Demokratie aus dem Takt bringen, da Menschen mundtot gemacht werden sollen. Am Ende wird es aber den christlichen Glauben nur gestärkt haben, die Zustimmung zu ‚denen da oben‘ aber abnehmen lassen.

Und auch die Familie, die dabei allzu oft im selben Zusammenhang für tot erklärt und als unmodern hingestellt wird, wird beweisen, dass sie nicht zufällig als Institution seit Jahrtausenden existiert – und nicht zufällig damit viel länger, als die Staaten, in denen wir leben.

Der Staat erzwingt zunehmend den Widerstand von Christen gegen einen Staat, den sie eigentlich befürworten, ja oft lieben. Doch wenn sie denn völlig unnötig vor die Wahl gestellt werden, werden sie zunehmend und immer geschlossener mit Petrus und Johannes sagen: „Man muss Gott mehr gehorchen, als den Menschen.“ Man muss und will als Christ Menschen oft gehorchen. Der Staat ist für ein friedliches Zusammenleben gottgewollt. Aber man muss Gott mehr gehorchen, wenn der Staat einen vor die Wahl stellt. Petrus und Johannes sollten durch Gefängnishaft daran gehindert werden, öffentlich über Jesus zu sprechen. Die Machthaber, die das beschlossen, sind schon lange vergessen. Die Botschaft von Jesus wird dagegen so oft verkündigt, wie noch nie zuvor, oft unter dem erfreulichen Schutz der Religionsfreiheit, noch öfter trotz staatlichem Verbots oder gesellschaftlicher Bedrohung.

Das ganze kann böse enden. Damit meine ich nicht, dass zu befürchten steht, dass Christen gewalttätig werden. Die Kirchen haben viel Übung im gewaltlosen Widerstand – gegen Kindesaussetzung zur Zeit der Römer, gegen Sklaverei im 18. Jahrhundert, gegen Apartheid in Südafrika, gegen die Auflösung der Familie und die Unterdrückung religiöser Kindererziehung in der Sowjetunion. Aber es wird ein Klima geschaffen, in dem zum einen gegen Christen zunehmend medial und justizial gehetzt wird und in dem starke Kräfte von den wirklichen Problemen unserer Gesellschaften abgezogen werden. Der Staat Bismarcks überlebte bis 1918. Die Überlebenschancen unserer Staaten und Demokratien sind mit den Kirchen sicher viel größer als gegen die Kirchen.

Mein Appell geht an die Politiker: Beteiligt euch nicht an dem aufkommenden Kulturkampf 2.0! Wendet euch den wirklichen Problemen zu!

Mein Appell geht an die Richter: Bremst den ausufernden Kulturkampf 2.0 im Rahmen eurer rechtlichen Möglichkeiten durch Augenmaß und friedliche Lösungen.

Mein Appell geht an die Medien: Beteiligt euch nicht an Hetze, die sozialen Unfrieden heraufbeschwört, sondern berichtet versöhnlich, demokratisch und fair über religiöse Fragen und über Minderheiten aller Art. Und lasst die Betroffenen selbst zu Wort kommen, statt sie zu ächten.

Mein Appell geht an die Kirchen, Freikirchen und Gemeinschaften: Setzt euch nüchtern mit den kommenden Entwicklungen auseinander und erhebt eure Stimme. Lasst euch nicht auseinander dividieren, weil ihr in der einen oder anderen ethischen Fragen unterschiedliche Akzente setzt, sondern seht das Gesamtbild. Wer heute schweigt, wird morgen selbst Zielscheibe sein. Mit den Worten von Ulrich Parzany sage ich: „Steht auf, wenn ihr Christen seid!“

Mein Appell an alle ist: Einer friedlichen und demokratischen Gesellschaft zuliebe bitten wir euch, den aufkommenden Kulturkampf 2.0 zu beenden und nicht ständig an rechtlichen Stellschrauben zu drehen, die den Spielraum der Kirchen einengen sollen.

Das westliche Christentum hat sich sowieso in weiten Teilen der westlichen Kultur bis kurz vor die Selbstaufgabe angepasst. Jetzt ist ein Punkt erreicht, wo dies nicht weiter möglich ist, ohne den christlichen Glauben selbst aufzugeben. Wer es trotzdem erzwingen will, tut der Christenheit vielleicht sogar einen Dienst, weil sie sich ganz neu fragen muss, was ihr Glaube an Gott eigentlich im Alltag bedeutet und wie viel er ihr eigentlich wert ist.

Wie endet die Manhattanerklärung so treffend: „Wir werden ganz und ohne Widerwille dem Kaiser geben, was des Kaisers ist. Doch unter keinen Umständen werden wir dem Kaiser geben, was Gottes ist.“

Das ist keine Drohung – das steht uns Christen nicht an. Es ist einfach eine Feststellung. Und dass wir sie ernst meinen, haben wir in der Geschichte zu Genüge bewiesen.

© Institut für Ethik & Werte, www.ethikinstitut.de

Prof. Dr.phil. Dr.theol. Thomas Schirmacher ist Direktor des Internationalen Instituts für Religionsfreiheit und Rektor des Martin-Bucer-Seminars. Vgl. www.ethikinstitut.de.